

Zürich, Wädenswil und Rümlang, 24. Februar 2003

KR-Nr. 56/2003

POSTULAT von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Julia Gerber Rüegg
(SP, Wädenswil) und Thomas Hardegger (SP, Rümlang)

betreffend Folgen der Sparmassnahmen bei Jugendhäusern und Freizeitanlagen

Der Regierungsrat wird ersucht, aufzuzeigen, welche Folgen die Sparmassnahmen bei Jugendhäusern und Freizeitanlagen und Trägerschaften von öffentlichen Organisationen im Jugendbereich hatten und welche Massnahmen der Regierungsrat gegen allfällig unerwünschte Folgen dieser Sparmassnahmen ergreifen will.

Susanna Rusca Speck
Julia Gerber Rüegg
Thomas Hardegger

Begründung:

Gemäss dem Bericht zur Lage der Familien im Kanton Zürich (Oktober 2002) haben sich die kantonalen Beiträge an Jugendhäuser und Freizeitanlagen, welche auf Grund von § 27 des Jugendhilfegesetzes subventioniert werden können, zwischen 1996 und 2001 beinahe halbiert (von 1'191'000 Franken auf 618'146 Franken).

Die Beiträge an Jugendorganisationen (geregelt in § 29 des Jugendhilfegesetzes) sind in diesem Zeitraum von 510'000 Franken auf 388'200 Franken ebenfalls stark zurückgegangen.

Es ist erwiesen, dass die subsidiären Leistungen an Jugendhäuser und geleitete Freizeitangebote wie Kurse, Vereine etc. vielen Kindern und Jugendlichen in einer schwierigen Phase helfen, ihre Freizeit zu strukturieren und sinnvoll zu verbringen. Damit übernehmen sie eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe in einer Zeit, in der Phänomene wie Gewalt, Jugendarbeitslosigkeit, Suchtproblematik und Perspektivenlosigkeit vielen Jugendlichen zu schaffen machen. Mit dem Abbau der kantonalen Beiträge ist die Gewährleistung dieser Aufgaben in Frage gestellt.

56/2003

Wieder aufgenommenener Vorstoss.
Ursprüngliche Einreicher: Chantal Galladé (SP, Winterthur) und Susanna Rusca Speck (SP, Zürich)